



Bundestagswahl 2005
Die Positionen der Parteien zur Arbeitsmarktpolitik (Stand 30.5.2005)

	SPD	CDU/CSU	Bündnis90 /Die Grünen	FDP
Wahlprogramme	<p>Berlin (AP) Müntefering will zusammen mit dem Kanzler ein Manifest als Wahlprogramm für den Parteitag entwerfen, der für den 31. August in Berlin geplant ist. Zuvor soll am 4. Juli das Papier vom erweiterten Vorstand, dem «kleinen Parteitag», gebilligt werden. Zentrale Punkte des Programms sollen laut Müntefering die Forderungen nach einem sozialen Fortschritt für Deutschland, die Themen Erneuerung und Zusammenhalt sowie die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt sein AP vom 25.5.2005)</p>	<p>Am 30.5.2005 sollen die Grundzüge eines 100-Tage-Programms entwickelt werden. (Die Welt vom 26.5.2005)</p> <p>Am 11. Juli soll das Wahlprogramm vorgestellt werden. An dem Programm mitarbeiten sollen Roland Koch und Silke Lautenschläger (hr online vom 30.5.2005)</p>	<p>Der Entwurf des Wahlprogramms, an dessen soll am 30.5.2005 im Parteirat und bei einem Treffen der Grünen-Spitze mit den Landesvorständen in Berlin weiter diskutiert werden (Berliner Zeitung vom 30.5.2005)</p>	<p>FDP-Generalsekretär Dirk Niebel soll die Programm-Papiere von Partei und Fraktion zu einem Wahlprogramm zusammenfügen (ftd vom 23.5.2005)</p> <p>Die FDP plant einen außerordentlichen Bundesparteitag am 10. und 11. September in Berlin. Dies beschloss nach Parteiangaben das FDP-Präsidium am Montag auf einer Sitzung in Berlin. Der Termin eine Woche vor dem erwarteten Zeitpunkt für Neuwahlen zum Bundestag sei dem Parteivorstand vorgeschlagen worden, hieß es (AFP vom 30.5.2005)</p>
SGB III		<p>Pofalla am 8.1.2005 in der ARD, die BA solle weiter reformiert und zum Kompetenzzentrum für die Vermittlung Arbeitsloser gemacht werden. „Die Abschaffung der BA halte die Union für falsch.“ Pofalla in der Osnabrücker Zeitung vom 24.1.2005:„Und wenn sich</p>		<p>Auflösung der BA in jetziger Form und Gründung einer Bundesersicherungsagentur im Geschäftsbereich des BMWA. Abschaffung der Selbstverwaltung. Einrichtung einer</p>

	SPD	CDU/CSU	Bündnis90 /Die Grünen	FDP
	<p>Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD Klaus</p>	<p>herausstelle, dass das Kerngeschäft der Arbeitsvermittlung weiterhin erfolglos bleibe, werde eine unionsgeführte Bundesregierung die Bundesagentur auflösen.“</p> <p>BA ist lt. Pofalla zu recht belastet worden mit einer inneren Neuorganisation und einer neuen Reform, die die BA schlagkräftiger macht (Pofalla im Inforadio am 25.5.2005)</p> <p>„Steuerfinanzierung der schulische Nachqualifikation vor einer Berufsausbildung oder die Betreuung benachteiligter Jugendlicher und Behinderter (Pressemitteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 25.1.1005).</p> <p>„ Arbeitslosenversicherung auf ihre Kernaufgaben reduzieren und so dazu beitragen, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 1,5 Prozentpunkte von 6,5 % auf 5 % zu senken.“ (Präsidiumsbeschluss von CDU/CSU vom 8. März 2004). Diese Forderung hat Frau Dr. Merkel am 6.2.2005 in der FAZ am Sonntag wiederholt.</p> <p>Lohnzuschüsse für Niedrigverdiener. Bei diesen Stellen sollen Zuschüsse von bis zu 2,50 Euro pro Stunde aus den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit (BA) direkt an den Arbeitnehmer fließen - gekoppelt an einen Stundenlohn von bis zu 4,50 Euro, sagte Pofalla den "Ruhr Nachrichten (Kölner Stadtanzeiger vom 21.5.2005)</p> <p>Bezugsdauer Arbeitslosengeld I künftig an die Dauer der Beitragszahlung koppeln und</p>		<p>Arbeitsmarktagentur für überregionale und internationale Vermittlung (200 bis 300 Mitarbeiter). Abschaffung der Regionaldirektionen. Aufgaben der ZAV werden auf die Arbeitsmarktagentur übertragen bzw. von privaten Arbeitsvermittlern wahrgenommen. Privatisierung des IAB und der Fachhochschule des Bundes FB Arbeitsverwaltung sowie der Führungsakademie und der Verwaltungsschulen der BA.</p> <p>Befreiung von sachfremden Aufgaben wie z.B. Kindergeld, Ausbildungsberatung, Umschulung, ABM.</p> <p>Herausnahme versicherungsfremder Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Versicherungsfremde Leistungen müssen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.</p> <p>Auszahlung des Arbeitgeberanteils zur Arbeitslosenversicherung an Arbeitnehmer; Einführung von Wahltarifen.</p> <p>Durch Neuorganisation der BA = Deutliche Senkung des Altvbeitrags von derzeit 6,5 auf 3,5%. Das allein bedeutet an-</p>

	SPD	CDU/CSU	Bündnis90 /Die Grünen	FDP
	<p>Brandner forderte, die Höchstbezugsdauer des Arbeitslosengeldes I von 1,5 auf zwei Jahre zu verlängern. Als Voraussetzung nannte er ein Alter von 55 Jahren und die Zahlung von 120 Monatsbeiträgen zur Arbeitslosenversicherung: "Nach zwölf Monaten Beitragszeit erwirbt man einen Anspruch auf sechs Monate und nach 24 Monaten auf ein Jahr Arbeitslosengeld."</p>	<p>zu verlängern. Mit bis zu 15 Jahren Beitragszeit hätten die Betroffenen dann weiter wie bisher 12 Monate Arbeitslosengeldanspruch, bei einer Beitragszeit ab 15 Jahre würde die Bezugsdauer auf 15 Monate, ab 25 Jahre auf 18 Monate und ab 40 Jahre auf 24 Monate steigen (Pofalla in der Rheinische Post vom 4.5.2005 und im Inforadio am 25.5.2005).</p> <p>Ich-AG, PSA ersatzlos streichen und Förderung der Altersteilzeit durch die BA auslaufen lassen.</p> <p>ABM in Westdeutschland ersatzlos streichen und in Ostdeutschland aus der Arbeitslosenversicherung ausgegliedert und in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit steuerfinanziert (Pressemitteilung Pofalla vom 25.1.2005)</p>	<p>Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen, Thea Dückert, ist gegen eine Staffelung des Arbeitslosengeldes I nach Beitragsjahren. "Wenn man eine längere Bezugsdauer für Ältere verlangt, muss man sehen, was das für den Beitragsatz und die Arbeitsmarktpolitik bedeutet", sagte Dückert der "Financial Times Deutschland" (30.5.2005).</p>	<p>nähernd 500.000 Arbeitslose weniger.</p> <p>Überprüfung und Vereinfachung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente</p>
SGB II	<p>Die SPD sieht bei der Zuständigkeit zurzeit keinen Korrekturbedarf. Die aktuellen Probleme der Schnittstelle zwischen Kommunen und BA würden sich mit der Zeit erledigen, glaubt ihr Arbeitsmarktexperte Klaus Brandner (FAZ vom 25.5.2005)</p> <p>An der Arbeitsmarktreform Hartz IV soll - bei Nachbesserungen im Detail - grundsätzlich festgehalten werden (dpa vom 24.5.2005)</p>	<p>An der Hartz-IV-Reform, an der die Union mitwirkte, soll grundsätzlich nicht gerüttelt werden (dpa vom 24.5.2005)</p> <p>Zur Zuständigkeit der Alg II-Empfänger vertritt die Union die Auffassung, dass diese Aufgaben den Kommunen übertragen werden sollten (Pofalla im Tagesspiegel vom 30.5.2005).</p> <p>Ganz so weit wie Pofalla wollen Hessen und Bayern vorerst nicht gehen. Ihre Sozialministerinnen Silke Lautenschläger (CDU) und Christa Stewens (CSU) plädieren in einem ersten Schritt unmittelbar nach der Wahl für mehr Eigenständigkeit der Arbeitsgemeinschaften gegenüber der als zentralistisch gescholtenen BA. In einem zweiten Schritt will jedoch auch Lautenschläger die Emp-</p>	<p>Die Grünen kritisierten scharf das Vorhaben der Union, die Zuständigkeit für Bezieher des Arbeitslosengelds II wieder an die Kommunen zu übertragen. Damit wolle die CDU die Langzeitarbeitslosen wieder aufs Abstellgleis schieben, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Thea Dückert. Das Ziel sei im Gegenteil gewesen, den Betroffenen neue Integrationschancen zu geben. «Gerade Langzeitarbeitslose brauchen</p>	<p>Übertragung der Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik auf die Job-Center bei den Kommunen</p>

	SPD	CDU/CSU	Bündnis90 /Die Grünen	FDP
		<p>fänger des Arbeitslosengelds II vollständig in die Obhut der Kommunen geben, „so wie es immer unser Ziel war“. Und Stewens fordert, dass die Finanzierung und die Betreuung der Langzeitarbeitslosen grundsätzlich in einer Hand liegen müsse. Zurzeit bezahlt der Bund das Arbeitslosengeld II und knapp ein Drittel der Unterkunftskosten, den Rest tragen die Kommunen (FAZ vom 25.5.2005).</p> <p>In einem RBB-Interview am 25.5.2005 kündigte Pofalla an, dass bei einem Wahlsieg der Union die Kommunen mehr Verantwortung für die Umsetzung der Hartz IV- Reformen erhalten werden. Die Bundesagentur für Arbeit sei mit Aufgaben «behängt» worden, «mit der sie nichts zu tun hat».</p> <p>Auch will die Union den Aussteuerungsbeitrag noch einmal überdenken „<i>Schließlich müssen wir auch noch einmal über den „Aussteuerungsbeitrag“ nachdenken. Rot-Grün finanziert auf diesem Wege den Bundeshaushalt auf Kosten der Beitragszahler mit rund 2,7 Milliarden Euro. Auch hier besteht durch intelligente Lösungen ein erhebliches Entlastungspotential.</i>“ (Pressemitteilung Pofalla vom 25.1.2005)</p>	<p>die professionelle Beratung und Vermittlung der BA, statt wie bisher in der Sozialhilfe zu versauern», betonte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion. Es müsse aber eine verbindliche Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Kommunen in den lokalen Arbeitsgemeinschaften hergestellt werden, und die Bundesagentur müsse aufhören, den Arbeitsgemeinschaften hineinzureden.</p> <p>(dpa vom 25.5.2005)</p> <p>Auch die Struktur der Bundesagentur für Arbeit (BA) soll noch einmal auf den Prüfstand. Langfristig gehe es darum, die Entscheidungsfindung zu dezentralisieren. "Die BA muss weg von kopflastigen, zentralistischen Strukturen." Denkbar sei, dass im Zuge einer solchen Prüfung die Regionaldirektionen aufgelöst würden. "Derzeit müssen die Direktionen zeigen, ob sie ihre Koordinierungs-</p>	

	SPD	CDU/CSU	Bündnis90 /Die Grünen	FDP
			<p>aufgabe übernehmen."</p> <p>Der BA wird vorgeworfen, sich zu sehr in die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften aus Agenturen und Kommunen einzumischen. Die Arbeitsgemeinschaften betreuen die Langzeitarbeitslosen. Sollte die BA die Dezentralisierung nicht umsetzen, "kann man sich ein Beispiel nehmen an halbstaatlichen Institutionen, wie sie Nachbarländer haben" (ftd vom 30.5.2005)</p>	